

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 3

Artikel: "Warum ich Jan Smith herausfordere"
Autor: Lamont, Donal
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Warum ich Jan Smith herausfordere»

Während die Staatskrise in Rhodesien dem Höhepunkt zutreibt, dürfte ein Artikel im «Observer» (27. Febr. 77) unter obenstehendem Titel für unsere Leser von Interesse sein, umsomehr als die Nachrichten über die Lage im Landesinnern, die Einstellung der Kirche zur Regierung zum Beispiel — recht spärlich fließen. Laurence Marks, Korrespondent des «Observers» gibt in einem begleitenden Kommentar den wirklichen Grund an, warum der Herausforderer Ian Smiths aus Rhodesien ausgewiesen werden sollte. Offiziell lautete die Anklage gegen den katholischen Bischof Donald Lamont — um ihn handelte es sich — er habe um «die Anwesenheit von Guerilleros — schwarzen Freiheitskämpfern also — auf seiner Missionsstation gewußt, ohne sie der Regierung anzuzeigen.» Dieser Umstand mag die Verhaftung des Bischofs ausgelöst haben; der wirkliche Grund dafür war, daß er seit Monaten unablässig gegen die brutalen Methoden der «Ordnungstruppen» gegenüber den «Rebellen» protestiert und im August letzten Jahres in einem offenen Brief an die Regierung seiner Empörung Luft gemacht hatte. Bischof Lamont schrieb damals: «Die Armee und die Polizei erhielten offiziell Erlaubnis, nach Gutdünken vorzugehen, und das Versprechen der Regierung, daß sie in keinem Fall wegen Machtmißbrauchs bestraft würden. So konnten sie ganze Dörfer bombardieren und niederbrennen, selbst wenn deren Bewohner unschuldig waren. Hindernisse jeder Art wurden jenen in den Weg gelegt, die an das Gericht gelangten oder Entschädigung für die Ermordung von Angehörigen, brutale Behandlung oder Sachschäden forderten. Zeitungen und Radio waren ausschließlich unter Kontrolle der Partei Jan Smiths und verfälschten oder unterdrückten ständig die Wahrheit.»

Zum offiziellen Anklagegrund äußerte sich der Bischof wie folgt: «Man wirft mir vor, ich hätte Terroristen in meinem Bistum nicht angezeigt, und andere Personen aufgefordert, dasselbe zu tun. Ich möchte gleich feststellen, daß ich Gewalttaten nicht billige oder sie je unterstützt hätte. Ich gab den Terroristen keine Waffen, Munition oder Geld, noch habe ich jemanden ermutigt, zu den Waffen zu greifen oder den Kampf weiter zu führen.»

«Friedliche Mittel, in wirkungsvollem nationalem Umfang, zur Ausschaltung der vielfachen Ungerechtigkeiten, die an der schwarzen Bevölkerung verübt werden, waren nicht etwa ausprobiert und als ungeeignet aufgegeben worden — sie waren überhaupt nie versucht worden. Ich bin der Ueberzeugung, daß solche Mittel hätten versucht werden können, und bin sicher, daß sie gewirkt hätten, angesichts der absoluten Abhängigkeit des Weißen von der Arbeit des Schwarzen. Ich

wiederhole: Ich glaube nicht an Gewalt zur Lösung von Problemen. Ich glaube im Gegenteil, daß nicht jene die Leiden verursachen, sondern jene, die l e i d e n auf lange Sicht obsiegen werden.»

«Ich habe von allem Anfang an zugegeben, daß ich nicht denunziere, und daß ich den Nonnen des Avila Spitals in meinem Bistum riet, die Anwesenheit von Guerillas, welche einige Dörfler zum Spital geschickt hatten, mit der Bitte um einfache Medizinern — nicht zu verraten. Als eine Krankenschwester mich fragte, was sie tun solle, sagte ich einfach: 'gib den Leuten, was sie verlangen, ihr müßt schließlich weiter hier leben, ich übernehme die ganze Verantwortung, wenn's Schwierigkeiten gibt'.»

«Ich tat dies, weil ich nicht den Eindruck erwecken wollte, die Kirche billige das rassistische Unterdrückungs-Regime Rhodesiens. Auch der Anschein, daß sie damit einverstanden sei, würde die Glaubwürdigkeit der Kirche zerstören. Ich hatte die Pflicht, ihren guten Namen zu schützen, so daß sie ihr Werk fortsetzen kann; ich mußte Gottes Willen tun, statt den der Menschen, was auch immer als Strafe für die Nichtbeachtung des Gesetzes folgen mochte.»

«Aber dies war noch nicht alles. Wenn ich dem Gesetz gehorcht und die Anwesenheit der Guerillas gemeldet hätte, so wären durch mich Leben und Eigentum der Dorfbewohner in Gefahr geraten, denn sobald 'Terroristen' rapportiert werden, rückt die rhodesische Armee an und schießt von Helikoptern auf alles, was sich bewegt und brennt die grasbedeckten Heimstätten und Getreidespeicher der Dorfbewohner nieder. Als kürzlich der Verteidigungsminister — Van der Byl — öffentlich erklärte, er billige diese Maßnahmen, es sei nicht seine Schuld oder die der militärischen Kräfte, wenn Unschuldige bei solchen Expeditionen umkommen — mußte ich ihm auch öffentlich antworten, eine solche Erklärung sei einfach unverantwortlich, da die Autorität der Behörden immer nur im Rahmen des Gesetzes ausgeübt werden darf. Wenn sich ein Missionar unter solchen Umständen zu Angeberei hergäbe, würde seine Stellung und die der Kirche bei den Schwarzen unhaltbar.

«Als Bischof hatte ich schließlich auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Missionare meines Bistums nicht unnötigen Gefahren ausgesetzt werden. Sie sind alle unbewaffnet, wohnen oft in entlegenen Gebieten und viele haben nicht einmal ein Telefon. Ich übernahm daher die volle Verantwortung für sie, falls sie von Guerillas um Hilfe gebeten werden sollten. . . . Ich fand, ich habe eine schwerer wiegende Verpflichtung den Wehrlosen gegenüber als gegenüber der Armee, die sich ja gut verteidigen kann.»

«In Tat und Wahrheit bestand überhaupt keine Notwendigkeit zu denunzieren, die Armee wußte genau, daß Guerillas sich im Gebiet

aufhielten, waren es doch Soldaten, die einen Priester der Missionsstation warnten, Guerillas könnten auftauchen, da sie tags zuvor einen Laden in der Nachbarschaft geplündert hatten.»

«Der Kern des ganzen Problems ist dies: Die Kirche und ihre Diener machen einen klaren Unterschied zwischen Moral und Gesetz, während der Staat, oder mindestens dieser rhodesische Staat, keinen solchen Unterschied anerkennt. Für eine unlegalistische Person wie ich bin, besteht da eine krasse Inkonsequenz, denn die rhodesische Verfassung beginnt mit der großartigen Erklärung: 'Das Volk von Rhodesien begrüßt in Demut die Herrschaft und Allwissenheit des Allmächtigen und anerkennt, daß Gott die Führung der menschlichen Geschicke hat'. Unsere politischen Führer haben mit eben solcher Feierlichkeit erklärt, Rhodesien habe sich zur Erhaltung des Christentums und der westlichen Zivilisation verpflichtet! In der Praxis scheint es, daß Gott für die Leute, die uns regieren, weiter nichts ist, als ein Name und nicht eine Realität.»

«Mein eigener Fall macht es ganz deutlich, daß in einem Konflikt, ob Gott oder dem Staat gegenüber, Treue zu üben sei, Gott an zweite Stelle treten muß. Dies ist mein Problem und auch das Problem jedes Einzelnen in diesem Land, der Gottes Gebot, den schwarzen Nächsten so zu behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte, nachleben will.»

«Es sollte kein solches Problem geben in einem Land, das behauptet, ein christliches Land zu sein und sich für die Erhaltung der westlichen Zivilisation einzusetzen. Und doch sieht man hier, daß jeder Versuch, den Christen im Menschen einer anderen Rasse zu sehen und ihn als gleichwertiges menschliches Wesen zu behandeln, daß jede Bemühung, ihm Gleichstellung vor dem Gesetz zuzusichern, oder gleiche Chancen des Vorwärtstommens, daß jeder Versuch, seine Stimme bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und schließlich einen fairen Anteil am nationalen Wohlstand für ihn zu fordern gefährlich ist. Solche Ideen zu vertreten heißt, sich selbst als Outsider zu erklären und Verhaftung wegen Subversion zu riskieren. Das Gewissen zählt nichts. Der Staat verlangt totale Loyalität und macht das Unrecht achtbar, indem er es durch das Parlament zum Gesetz erklärt.»

«Ich glaube aber, daß meine Weigerung mit der Behörde zusammenzuarbeiten höchstens ein Akt zivilen Ungehorsams ist. Ein solcher Akt ist zu rechtfertigen, wenn man zuvor auf legalem Weg die Abschaffung gewisser Mißstände von der Behörde verlangt und kein Gehör gefunden hat. Nach meiner Auffassung hat man dann das Recht, mit der Klage an ein höheres Forum zu appellieren. Ich hatte seit Jahren öffentlich und legal Protest eingelegt gegen soziales Unrecht, ohne aber je Gehör zu finden. Als Präsident der bischöflichen 'Gerechtigkeit und Frieden'-

Kommission appellierte ich um Hilfe an die Internationale Juristen-Kommission. Alle meine Bemühungen wurden von den staatlichen Behörden vollkommen ignoriert.»

«Juristen mögen dieses mein Argument verwerfen, sie sind in der Regel des Unterschiedes zwischen Moral und Gesetz weniger bewußt als wir Kirchenleute. Eingedenk unserer Lehrbücher über Sozialethik halte ich daran fest, daß Menschenrechte und -pflichten vor Gesellschaft, vor jedem willkürlichen Abkommen, vor dem Mehrheitsprinzip oder Entscheiden öffentlicher Meinung rangieren. Wenn wir darauf bestehen, diesen Glauben, entgegen den Gesetzen des Landes, zu leben, müssen wir allerdings erwarten, die Sanktionen auf uns zu nehmen.»

«Man fragt mich oft, wie ich behaupten könne und, wie ich es in meinem offenen Brief vom letzten August an die Regierung erklärte, die afrikanische Bevölkerung heiße die Freiheitskämpfer willkommen. Nach sehr engen Kontakten mit der schwarzen Bevölkerung meines Bistums, das an Mozambique grenzt und nach Informationen aus anderen Gegenden Rhodesiens, bin ich völlig überzeugt, daß meine Behauptung stimmt. Die nationale Bewegung in diesem Land ist echt, spontan, weit verbreitet und gründet tief.

Was immer die Guerillas an Brutalitäten sich haben zuschulden kommen lassen — und diese verurteile und verabscheue ich ohne jeden Vorbehalt — bin ich dennoch überzeugt, daß mehr als 90 Prozent der afrikanischen Bevölkerung die Freiheitsbewegung unterstützt. Sie verurteilen die Gewalttaten und Exzesse beider Parteien, aber im Herzen sehnen sie sich nach politischer Unabhängigkeit. Regierungspropaganda-Redner bestehen darauf, daß kein solcher Wunsch in der afrikanischen Bevölkerung existiere, daß nur Kommunismus dahinter stecke und daß der Schwarze ganz einfach in Ruhe gelassen werden möchte, um sein friedliches traditionelles Dasein weiter zu fristen — unter der väterlichen Führung seiner Häuptlinge und der politischen Ratgeber der Regierung. Der Kommunismus hat natürlich Chancen nach den vielen Jahren sozialen Unrechts, aber die Afrikaner Rhodesiens wollen weder Rußland noch China, sie wollen beim Westen bleiben, wenn möglich in Verbindung mit Großbritannien.

In den letzten zehn Jahren ist der Einfluß der christlichen Missionare stark zurückgegangen und zwar als Ergebnis der Regierungspolitik. Unter dem Vorwand einer stärkeren Kommunal-Entwicklung übernahm sie die Aufsicht über alle afrikanischen Schulen, das heißt sie entzog der Kirche alle Schulen, so daß afrikanische Kinder seither wenig oder überhaupt keinen religiösen Unterricht mehr erhalten. Die kirchliche Dorfschule war einst das Zentrum des geistigen Lebens; heute horchen die Kinder auf die Stimmen von jenseits der Landesgrenzen.

Die Regierung behauptet, das Christentum und die westliche Zivilisation zu verteidigen; aber ihre Rassenpolitik bringt das Christentum in Verruf und durch ihre unendlich stupide Weigerung, der afrikanischen Bevölkerung ihre Rechte zuzugestehen, treibt sie diese friedliebenden Leute vom Westen weg und läßt Rußland und China als Befreier erscheinen.

Solange die jetzige Regierung an der Macht ist und nicht einsehen will, daß die schwarze Bevölkerung insgesamt und wie ihre wirklichen Führer, Jan Smith und Konsorten, in absolutem Mißtrauen gegenübersteht, besteht keine Hoffnung auf eine Regelung der rhodesischen Frage.

Umwandlung der Waffenentwicklungs-Laboratorien in USA?

Samuel H. Day, Jr., Redaktor des «Bulletins of the Atomic Scientists» (BAS) schreibt dazu in der Januar-Nummer 1977 des BAS was folgt:

Das amerikanische Nuklearwaffen-Arsenal ist furchterregend. Seine Sprengkörper umfassen alles von Wasserstoffbomben, die tausendmal stärker sind als jene, die Hiroshima ausradierten — bis zu den sogenannten «Mini-Nukes», so kompakt, daß sie von einem Feldgeschütz abgefeuert werden können. Mehr als 30 000 von diesen Sprengkörpern finden sich, über die ganze Welt verstreut, in Ferngeschoß-Silos, in Schiffen und U-Booten, in Flugzeugen, die den Himmel abpatrouillieren und schließlich in Munitionslagern in Europa, Asien und Nordamerika. Dabei wird der Vorrat an diesen Dingen mit jedem Tag größer und vielfältiger.

Ihre Entwicklung, Fabrikation, Verteilung und Unterhalt ist eine der größten Industrien Amerikas, mit Zehntausenden von Angestellten, und Kosten, die sich auf viele Milliarden Dollar jährlich belaufen. Die Schlagkraft dieser Waffen stellt einen Teil der mächtigen USA-militärisch-industriellen Wirtschaft dar; die Kopfarbeit, die dahinter steckt, ist hauptsächlich in zwei Waffenentwicklungs-Laboratorien konzentriert.

Eines dieser Laboratorien in Los Alamos, New Mexico, geht auf den Rüstungsboom des Zweiten Weltkrieges zurück, der die erste Atom-bombe produzierte und damit das Nuklear-Zeitalter eröffnete. Das andere Zentrum in Livermore, Kalifornien, 1952 gegründet, erwuchs aus dem Bestreben des Kalten Krieges, Tempo und Umfang des amerikanischen Nuklearwaffen-Programms zu beschleunigen. Beide Waffenent-